

Pensionsreform 2026: Arbeitgeber in der Pflicht - Ältere Mitarbeiter gefordert!

Finanzminister Marterbauer kritisiert Arbeitgeber für zu frühe Pensionierungen. Neue Pensionsreform ab 2026 wird diskutiert.



Österreich - Die Diskussion über die Pensionsreform in Österreich hat in den letzten Wochen an Intensität gewonnen. Finanzminister Markus Marterbauer kritisiert die Arbeitgeber dafür, dass sie trotz eines offensichtlichen Bedarfs an älteren Arbeitnehmern nur wenige dieser Beschäftigten anstellen. Laut **5min** denkt der Minister über ein „Bonus-Malus-System“ nach, um die Beschäftigung älterer Menschen zu fördern. Allerdings gibt es derzeit keine Einigung innerhalb der Regierung.

Diese Diskussion findet vor dem Hintergrund einer geplanten Pensionsreform statt, die ab 2026 zahlreiche Veränderungen vorsieht. Ab dem 1. Juni 2025 werden die Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten von 5,1 auf 6

Prozent angehoben. Zugleich steigt ab 1. Januar 2026 das frühestmögliche Antrittsalter für die Korridorpension von 62 auf 63 Jahre, was durch eine schrittweise Anhebung in Quartalen geschehen wird. Die notwendigen Versicherungsjahre erhöhen sich von 40 auf 42 Jahre, damit ein Anspruch auf die volle Pension besteht. Dies soll als Reaktion auf die demografischen Veränderungen, bei denen es mehr ältere Menschen und weniger junge Menschen gibt, betrachtet werden. Laut **Austria Aktuell** sind die Reformmaßnahmen nötig, um die Staatskasse zu entlasten.

Kritik an Arbeitgebern und Forderungen nach Reformen

Die Industriellenvereinigung (IV) hat gefordert, das Pensionsantrittsalter auf 70 Jahre anzuheben, inspiriert durch das Beispiel Dänemarks. Diese Forderung wird von der Arbeiterkammer (AK) jedoch kritisch gesehen, da eine solche Anhebung als nicht umsetzbar eingestuft wird. Ein zentrales Anliegen besteht darin, die Teilpension einzuführen, die es ermöglicht, 50 Prozent der Pension zu beziehen und gleichzeitig zu arbeiten. Dies könnte insbesondere für Menschen über 60 Jahre von Interesse sein, da auch ein Anreiz- und Monitoringsystem zur Beschäftigung dieser Altersgruppe eingeführt wird, bestätigt **ORF**.

Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht die Dringlichkeit der Reform: Aktuell gibt es in Österreich etwa 2,5 Millionen Pensionistinnen und Pensionisten, und bis 2045 wird eine Zunahme auf ca. 3,25 Millionen prognostiziert. Um die Finanzierung der Pensionen sicherzustellen, müssen jährlich rund 30 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt zugeschossen werden. Ein nachhaltiger Mechanismus zur Pensionsfinanzierung soll daher im Laufe dieses Jahres beschlossen werden.

Weitere Maßnahmen und Reaktionen

Zusätzlich zu den oben genannten Reformen sind auch umfangreiche Anpassungen in der Schwerarbeitsregelung vorgesehen. Schlüsselfiguren wie Pflegekräfte sollen hiervon profitieren, da sie in diese Regelung aufgenommen werden. Weitere geplante Maßnahmen zur Reform des Pensionssystems beinhalten eine Einführung einer e-Card-Gebühr für Pensionisten ab November 2026 sowie verschiedene Neuregelungen bei Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen.

Die Diskussion über die Reform ist allerdings polarisiert. Die FPÖ und die Grünen lehnen die Reform ab und kritisieren sie als einen „Belastungsangriff“ auf die ältere Generation. Eine breite Zustimmung für die notwendigen Verfassungsbestimmungen, die zur Umsetzung der Reform erforderlich sind, scheint derzeit jedoch nicht in Sicht. Experten sehen die Reform zwar als ersten Schritt, kritisieren jedoch die Unzureichendheit der Maßnahmen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • orf.at • www.austriaaktuell.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at